

Landeshauptstadt



Hannover

Haushaltsplan 2027/2028

**Einbringung des
Verwaltungsentwurfs in den
Rat der Landeshauptstadt Hannover**

**Rede von
Erster Stadtrat Axel von der Ohe**

20. August 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
Herr Oberbürgermeister,
verehrte Mitglieder des Rates,
liebe Kolleg*innen,

I. Einleitung / Lage der Kommunalfinanzen

Es gehört vielleicht zum Guten, jedenfalls aber zum routinemäßigen Ton in der Haushaltsrede des Kämmerers, dass darin zum Maßhalten, zur Haushaltsdisziplin und ggf. auch zum Zurückdrehen nicht (mehr) finanzierbarer Standards gemahnt wird.

Genauso unumgänglich ist in einer solchen Rede der Hinweis auf die schwierigen Rahmenbedingungen, auf bestehende Belastungen, bevorstehende Risiken und strukturelle Defizite.

Ich werde Ihnen das meiste von dem auch heute zumuten müssen. Und gleichzeitig möchte ich Sie bitten, das ausdrücklich nicht unter der Kategorie Routineübung zu verbuchen.

Denn die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland gibt keinen Anlass für Routine, sie fordert auf zum Handeln.

Die Finanzlage der Kommunen in Deutschland ist dramatisch. Auch die Finanzlage der Stadt Hannover ist angespannt wie selten. Vielleicht wie noch nie.

Ich sage das nicht, um den für die Haushaltsberatungen obligatorischen Zusatzwünschen schon jetzt einen Riegel vorzuschieben. Schon gar nicht, weil ich Ihnen einen Gestaltungsverzicht empfehlen möchte. Im Gegenteil.

Ich beginne diese Haushaltsrede vielmehr deshalb mit dem Hinweis auf die drastische Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte, um klarzumachen, dass eine Rückkehr zu stabilen Kommunalfinanzen grundlegende Reformen erforderlich machen wird.

Und neben diesen Reformen auch grundlegend veränderte Denkmuster auf allen staatlichen Ebenen - bei Bund, Ländern und Gemeinden. Also nicht nur bei den anderen, sondern auch vor der eigenen Haustür.

Mit fast 32 Mrd. € ist das Defizit der Kommunen in Deutschland im vergangenen Jahr so hoch ausgefallen wie noch nie in der Geschichte. Die Gesamtverschuldung der Kommunen ist damit auf einen absoluten Höchststand von annähernd 200 Mrd. € angewachsen.

Betroffen sind längst nicht mehr nur strukturschwache Regionen, sondern die allermeisten Städte und Gemeinden im Land.

Auch in Niedersachsen erreichen die Fehlbeträge ungekannte Höchststände.

Genau deshalb haben sich zuletzt rund 400 kommunale Praktikerinnen - einige von Ihnen waren dabei - mit einer dringlichen Resolution für eine bessere Finanzausstattung an den Ministerpräsidenten gewendet.

Und überall sind die Ursachen ganz ähnlich gelagert: Steigende Sozialausgaben treffen auf zu schwaches Wirtschaftswachstum, steigende Tarifabschlüsse auf mehr oder weniger stagnierende Erträge.

Das Ergebnis sind steigende Zinslasten, wachsende Altdefizite und vielerorts eine bereits spürbare Investitionszurückhaltung, die - wenn nicht gegengesteuert wird - mittel- und langfristig zu einer Bedrohung für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu werden droht.

Hannover ist davor nicht gefeit. Hannover ist Teil dieser im Ganzen sehr herausfordernden Entwicklung, einer Entwicklung, die an die Substanz geht.

Hätten Sie mich 2020 am Vorabend der Corona-Pandemie gefragt, ob ich mir vorstellen könne, dass Hannover zur Mitte des Jahrzehnts ein Altdefizit von 931 Mio. € aufgebaut haben würde, ich hätte mit Nein geantwortet.

Tatsächlich ist dies aber der Fall. Und allein diese Zahl - und ich könnte ebenso gut auf unseren Kassenkreditbestand oder das Niveau unserer investiven Verschuldung hinweisen – zeigt, wie enorm der vor uns liegende Handlungsbedarf ist.

Darin liegt für uns - für uns alle, die wir Verantwortung für diese Stadt tragen - eine große Verpflichtung. Wir kommen dazu später mit Blick auf das HSK noch einmal darauf zu sprechen.

Genauso gehört aber zu einer nüchternen Bestandsaufnahme die Feststellung: die Kommunen in Deutschland und ebenso Hannover, werden sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können.

In Wahrheit wissen das auch alle Beteiligten. Sie kennen den Handlungsdruck und es besteht auch kein Erkenntnisproblem über denkbare Lösungsansätze. Die liegen alle auf dem Tisch.

Was wir brauchen, ist etwa eine stabile Altschuldenregelung - so etwas wie einen kommunalen Schuldenschnitt -, ist eine bessere Beteiligung der Kommunen an Einkommens- oder Umsatzsteuer, ist mit Blick auf das Land Niedersachsen eine deutliche Aufstockung der für den kommunalen Finanzausgleich bereit gestellten Mittel und ist natürlich auch eine - endlich! - konsequente Beachtung des Konnexitätsprinzips.

Die Dimension allein dieses letzten Punktes zeigt das Ihnen heute vorgelegte HSK.

Rund 70 Mio. € Mehrerträge sind darin für eine konsequente Beachtung des Konnexitätsgrundsatzes eingeplant.

Sie können daran erkennen: ohne eine wirklich ernsthafte Neuausrichtung der Finanzarchitektur zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird sich die kommunale Finanzmisere nicht beenden lassen.

Lassen Sie uns deshalb alle miteinander - politisch - für eben diesen Neubau der Finanzarchitektur streiten.

II. Zwischen Verantwortung und Gestaltung

Meine Damen und Herren,

das, was ich gerade über die schwierige Lage der Kommunalfinanzen gesagt habe, wird in diesem Haushalt konkret.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, steigende Soziallasten, wachsende Personalaufwendungen und neue Aufgaben treffen unmittelbar auf die Landeshauptstadt Hannover.

Trotz intensiver Beratungen und erheblicher Anstrengungen ist es deshalb nicht gelungen, einen planerischen Haushaltsausgleich zu erreichen.

Der Doppelhaushalt 2027/2028 umfasst ein Gesamtvolumen von rund sieben Milliarden Euro.

Im Jahr 2027 stehen Aufwendungen von rund 3,5 Milliarden Euro Erträgen von rund 3,4 Milliarden Euro gegenüber. Für 2028 ergibt sich ein ähnliches Bild.

Das rechnerische Defizit beträgt zusammen genommen knapp über 310 Millionen Euro (154,3 und 156,3). Damit besteht erneut die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Diese Zahlen machen deutlich:

Die finanzielle Herausforderung dieser Stadt liegt längst nicht mehr am Rand des Haushalts. Sie befindet sich in seinem Zentrum.

Dabei ist es keineswegs so, dass Hannover unter wegbrechenden Erträgen leiden würde.

Die Erträge sind stabil bzw. steigen auch in den kommenden Jahren sogar leicht an.

Unsere wichtigste Einnahmequelle bleibt die Gewerbesteuer.

Für die Jahre 2027 und 2028 rechnen wir mit Erträgen von rund 886 beziehungsweise 917 Millionen Euro. Hinzu kommen stabile Einnahmen aus Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Grundsteuer. Steuern und

ähnliche Abgaben in Höhe von rd. 1,5 Mrd. €. Im Vergleich dazu in 2025 1,68 Mrd. € und im Ansatz 2026 1,5 Mrd. €.

Die Herausforderung besteht deshalb nicht allein auf der Einnahmeseite. Die Herausforderung besteht darin, dass die Ausgaben schneller wachsen als unsere Einnahmen.

Und genau hier wird sichtbar, wie eng das finanzielle Korsett inzwischen geworden ist.

Drei Ausgabenblöcke bestimmen den Haushalt ganz wesentlich:

- die sozialen Transferleistungen,
- die Personal- und Versorgungsaufwendungen,
- und die Regionsumlage.

Allein diese drei Bereiche binden im Jahr 2027 rund 2,3 Milliarden Euro und damit nahezu zwei Drittel des gesamten Haushaltsvolumens. 2028 steigt dieser Betrag nochmals an.

Die sozialen Transferleistungen werden auf fast 900 Millionen Euro anwachsen.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen überschreiten erstmals die Marke von 900 Millionen Euro. Das ist eine Erhöhung von über 100 Mio. € zum IST 2025.

Darin enthalten sind 770 neue Stelleneinrichtungen (66,3 Mio. €) davon 200 haushaltsbelastend.

Ganz nüchtern betrachtet: die Schaffung von rund 200 Stellen passt nicht in die Zeit. Sie übersteigt die Finanzkraft unseres Haushalts.

Ebenso auf einem sehr hohen Niveau verbleibt die Regionsumlage. Im Vergleich zu 2025 eine Erhöhung um 14 Mio. €. Sie ist in 2027 mit 556 Mio. € und in 2028 mit 550 Mio. € veranschlagt.

Anders formuliert:

Noch bevor wir einen einzigen Euro in neue Projekte investieren, sind bereits Milliardenbeträge verplant. Das verdeutlicht die Herausforderung, vor der wir stehen.

Meine Damen und Herren,

Der einfache Weg wäre es, Investitionen zurückzustellen. Der einfache Weg wäre es, notwendige Projekte zu verschieben.

Aber genau das wäre der falsche Weg. Denn aus einer Ergebniskrise darf keine Investitions- oder Gestaltungskrise werden. Deshalb setzt dieser Haushalt trotz aller Belastungen Prioritäten. Ich will drei davon nennen.

Wenn es einen Bereich gibt, bei dem Sparen keine Option sein darf, dann ist es die Bildung und Teilhabe unserer Kinder.

Deshalb bleibt Bildung auch im Doppelhaushalt 2027/2028 der größte Schwerpunkt.

Von der frühkindlichen Betreuung über den Ausbau der Ganztagsgrundschulen bis hin zu Schulsozialarbeit und Präventionsprogrammen investieren wir weiterhin auf hohem Niveau in die Zukunft unserer Stadt.

Für Kindertagesstätten, Tagespflege, Hilfen zur Erziehung und weitere Angebote der Jugendhilfe sind allein im Jahr 2027 mehr als 628 Millionen Euro eingeplant.

Weitere 248 Millionen Euro fließen in Schulen und Ganztagsangebote

Und wir starten – darüber freue ich mich sehr – mit der schrittweisen Einführung eines kostenfreien Grundschulmittagessens. Entsprechend der Beschlusslage haben wir dafür fünf Mio. € im Doppelhaushalt vorgesehen.

Zweite Priorität: Bezahlbares Wohnen

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist längst zu einer sozialen Frage geworden.

Für viele Familien, für Auszubildende, Studierende, auch für Ältere entscheidet sie darüber, ob Hannover auch künftig ihre Heimat bleibt.

Bis 2035 benötigt unsere Stadt rund 17.000 zusätzliche Wohnungen. Deshalb setzen wir die Wohnraumförderung konsequent fort und stellen hierfür erneut erhebliche Mittel bereit.

Insgesamt umfasst das Wohnbauförderprogramm inzwischen mehr als 76 Millionen Euro.

Wir tun das, weil, weil wir wissen: Wer über sozialen Zusammenhalt spricht, muss auch über Wohnraum sprechen.

Und wer über Wohnraum spricht, muss weiterhin bauen.

Dritte Priorität: Sicherheit und Lebensqualität

Wir arbeiten für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt.

Deshalb stärken wir Feuerwehr, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. 158 Mio. € im nächsten und 163 Mio. € in 2028 fließen in den TH Feuerwehr.

Deshalb stärken wir den Ordnungsdienst weiter, bauen die Präsenz in den Stadtteilen aus und investieren in zusätzliche Maßnahmen zur Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum.

Rund 2 Mio. € zusätzlich werden für die Stadtreinigung bei aha zusätzlich bereitgestellt.

Wir tun das, weil wir wissen: Sicherheit ist kein Luxus. Sie ist eine Grundvoraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren,

Hannover bleibt eine investierende Stadt, wir investieren weiter auf Rekordniveau.

Konkret sieht der Haushalt Investitionen von 311 Millionen Euro im Jahr 2027 und 334 Millionen Euro im Jahr 2028 vor. Gegenüber dem vorherigen Doppelhaushalt bedeutet dies eine erhebliche Steigerung.

Wir investieren 277 Mio. € in Schulen und Kitas.

Wir investieren in den Ausbau und Erhalt von Straßen und Velorouten insgesamt 75 Mio. € in diesem Doppelhaushalt.

Weitere 26 Mio. € in Kultur und Gesellschaftliche Teilhabe in beiden Jahren.

36 Mio. € in Sport und Bäder.

28 Mio. € in die Digitalisierung.

20 Mio. € in die Wirtschaft.

Sie sehen: Der Schwerpunkt liegt auch hier auf Bildung und Kinderbetreuung.

Wir investieren in den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kitas, in Interimslösungen für betroffene Schulstandorte und in neue Bildungsinfrastruktur.

Gleichzeitig schaffen wir mit der Gründung der hanova KOMMUNAL die Voraussetzungen dafür, Bauprojekte künftig schneller, effizienter und verlässlicher umzusetzen. Umso wichtiger als wir mit den eigenen Kapazitäten zuletzt rund ein Drittel der verfügbaren Investitionsmittel ungenutzt lassen mussten.

Das soll sich ändern: Denn nicht der Beschluss eines Investitionsprogramms entscheidet über seinen Erfolg.

Entscheidend ist, ob die Projekte am Ende auch tatsächlich gebaut werden.

Übergang zum Kapitel Verwaltungsmodernisierung

Und genau an dieser Stelle schließt sich der Kreis.

Denn Investitionen, soziale Leistungen und kommunale Daseinsvorsorge werden wir dauerhaft nur sichern können, wenn wir zugleich die

Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung stärken und ihre Kostenentwicklung beherrschbar halten.

Deshalb führt kein Weg daran vorbei, über Verwaltungsmodernisierung, Produktivität und die Zukunftsfähigkeit unserer Organisation zu sprechen.

III. Verwaltungsmodernisierung statt Stellenwachstum

Meine Damen und Herren,

all die Aufgaben, die ich gerade beschrieben habe, sind richtig und notwendig.

Sie sichern Bildungschancen, sozialen Zusammenhalt, bezahlbaren Wohnraum, Sicherheit und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Aber sie haben auch ihren Preis.

Die Wahrheit ist: Die Erbringung dieser Leistungen kostet uns inzwischen mehr Geld, als wir dauerhaft einnehmen.

Deshalb sind wir auch mit diesem Haushalt verpflichtet, ein neues Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Bereits zum zwölften Mal. Und dieses 12. Mal mit einem Gesamtvolumen von 156,3 Millionen Euro.

Das HSK stützt sich dabei auf drei wesentliche Bausteine:

Erstens auf zusätzliche Erträge durch eine konsequentere Anwendung des Konnexitätsprinzips. Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch finanzieren. Die erwarteten Mehrerträge betragen hier 70 Mio. €.

Zweitens auf pauschale Aufwandsreduzierungen in der Verwaltung. Diese Einschnitte sind schmerzhaft, angesichts der finanziellen Lage aber unvermeidbar. 69 Mio. € sollen auf diese Weise zusammenkommen.

Und **drittens** auf Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung.

Hier liegt der entscheidende Punkt.

Denn höhere Erstattungen von Bund und Land können wir nur begrenzt beeinflussen. Pauschale Einsparvorgaben helfen kurzfristig, lösen aber kein strukturelles Problem.

Die nachhaltigste Form der Konsolidierung entsteht dort, wo es gelingt, Verwaltung leistungsfähiger, schneller und effizienter zu organisieren.

Deshalb ist die Verwaltungsmodernisierung nicht nur ein Baustein des Haushaltssicherungskonzeptes. Sie ist der Schlüssel für die langfristige Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Wer auch künftig in Schulen investieren will, wer bezahlbaren Wohnraum schaffen will, wer soziale Leistungen sichern, und die Infrastruktur modernisieren will, der muss dafür sorgen, dass die Verwaltung mit den vorhandenen Ressourcen die größtmögliche Wirkung erzielt.

Darum geht es im Kern - und daran gemessen ist das vorliegende HSK nicht ausreichend ambitioniert.

Ich will das erklären.

Das Tempo, mit dem Haushaltsbeiträge aus der Verwaltungsmodernisierung erzielt werden sollen, ist zu gering. Das HSK reicht deshalb in den nächsten Jahren nicht aus, um den strukturellen Fehlbetrag auszugleichen.

Letztendlich werden Lasten also in die Zukunft verschoben.

Hannover befindet sich in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen. Digitalisierung, Klimawandel, gesellschaftliche Transformation, Fachkräftemangel und der demografische Wandel verändern die Rahmenbedingungen unseres Handelns nachhaltig.

Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an eine leistungsfähige, moderne und bürgernahe Verwaltung.

Die wichtigste Voraussetzung dafür sind die Menschen, die jeden Tag für Hannover arbeiten.

Diese Kolleginnen leisten jeden Tag Großartiges. Sie sorgen dafür, dass Kitas betrieben, Sozialleistungen erbracht, Genehmigungen bearbeitet und kommunale Dienstleistungen zuverlässig erbracht werden. Ihnen gilt ausdrücklich mein Dank.

Aber gerade, weil die Beschäftigten engagierte Arbeit leisten, müssen wir uns die Entwicklung der Verwaltung als Organisation ehrlich ansehen.

Wir müssen uns dabei fragen: Reichen unsere Anstrengungen bei Digitalisierung, Prozessoptimierung und Verwaltungsmodernisierung aus, um dieses Stellen- und Kostenwachstum dauerhaft finanzieren zu können?

Genau an dieser Stelle habe ich erhebliche Zweifel. Die Zahlen zeigen eine klare Tendenz.

Hannover gehört inzwischen zu den Großstädten mit einem überdurchschnittlichen Stellen- und Kostenwachstum.

- Während die Stadtverwaltung im Jahr 2020 rund 11.700 Beschäftigte hatte, waren es nur wenige Jahre später bereits mehr als 12.500 Mitarbeitende.

- Parallel dazu stiegen die Personalaufwendungen von rund 660 Millionen Euro auf fast 791 Millionen Euro.
- Nach den aktuellen Planungen werden sie in diesem Doppelhaushalt auf über 900 Millionen Euro anwachsen.

Sie erkennen den Trend. Und sie erkennen, dass dieser Trend zunehmend an finanzielle und organisatorische Grenzen stößt.

Nicht, weil Personal grundsätzlich ein Problem wäre. Im Gegenteil: Viele zusätzliche Aufgaben der letzten Jahre rechtfertigen zusätzliche Stellen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung, Integration, soziale Leistungen, Klimaschutz, der Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes, Digitalisierung sowie zahlreiche neue gesetzliche Anforderungen haben die Kommunen in den vergangenen Jahren erheblich belastet.

Deshalb darf die notwendige Debatte über Stellen- und Kostenentwicklung auch nicht zu einer Debatte über die Sicherheit bestehender Arbeitsplätze verwechselt werden.

Wer heute bei der Stadt beschäftigt ist, hat einen sicheren Arbeitsplatz. Und daran soll sich nichts ändern. Ich bin deshalb auch gerne bereit, sofort über eine Verlängerung unseres Tarifvertrags Beschäftigungssicherung zu verhandeln und betriebsbedingte Kündigungen auch für die Zukunft auszuschließen.

Davon zu unterscheiden ist die aber Frage, wie wir künftig mit neuen und zusätzlichen Aufgaben umgehen. Kann die Antwort auf immer neue Herausforderungen dauerhaft immer mehr Personal sein?

Die Antwort ist: Nein. Die finanziellen Spielräume werden enger. Der Fachkräftemangel verschärft sich. Schon heute wird es zunehmend schwieriger, offene Stellen zu besetzen.

Deshalb ist ein stetiger Personalaufwuchs kein Zukunftsmodell für eine moderne Großstadtverwaltung. Oder anders: wir werden unsere Leistungen künftig schon aufgrund der Demographie mit einem schlankeren Personalbestand erbringen müssen.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung entscheidet sich mithin nicht der Zahl der Stellen, sondern an der Qualität ihrer Organisation.

Hannover benötigt dafür einen konsequenten Modernisierungskurs. Einen der eine dauerhafte Finanzierbarkeit mit der Anforderung einer modernen Organisationsentwicklung verbindet. Einen Kurs, der sicherstellt, dass

- Digitale Akten nicht weiter nur einem kleinen Teil der Beschäftigten zur Verfügung stehen.
- Dass nicht weiterhin viele Verfahren von Medienbrüchen geprägt bleiben.

- Dass die Zusammenarbeit über Fachbereichs- und Dezernatsgrenzen hinweg nicht mehr Wunsch, sondern gelebte Praxis wird.
- Und dass Daten nicht länger mehrfach erfasst und Prozesse in unterschiedlichen Systemen parallel laufen müssen.

Denn all das ist unbefriedigend für die Kolleginnen und genauso für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Für sie zählt am Ende nicht die Höhe des Digitalisierungsbudgets.

Entscheidend ist, ob Anträge schneller bearbeitet werden, Termine einfacher verfügbar sind und Verwaltungsleistungen ohne Papier, ohne Mehrfacherfassungen und ohne vermeidbare Wartezeiten funktionieren.

Und wer diese Analyse teilt, muss daraus auch finanzpolitische Konsequenzen ziehen.

Bei einem Haushaltsvolumen von rund 3,5 Milliarden Euro und strukturellen Defiziten von rund 153,6 Millionen Euro sieht das vorgelegte HSK für die nächsten beiden Jahre Konsolidierungsbeiträge aus Verwaltungsmodernisierung von 1,5 und 2,5 Mio. € vor.

Eine Einsparung von 1,5 Millionen Euro entspricht rund 0,04 Prozent des Haushaltsvolumens unserer Stadt.

Das ist zu wenig.

Das wird weder der finanziellen Lage Hannovers noch den vorhandenen Effizienzpotenzialen gerecht. Vor allem löst es das strukturelle Problem nicht.

Es führt schon in der mittelfristigen Perspektive nicht dazu, dass wir ein bestehendes Finanz- und Organisationsdefizit schrittweise beheben.

Wir verschieben die Aufgabe lediglich weiter in die Zukunft, mit der Folge, dass bereits mit dem nächsten Haushalt 2029/2030 ein noch größeres Delta mit noch schärferen Einschnitten, zu schließen sein wird.

Wir befinden uns ein paar Wochen vor der Kommunalwahl in einer besonderen Situation. Ich hätte es mir leicht machen und dieses HSK einfach mitzeichnen können.

Aber es ist meine Verantwortung auf Risiken hinzuweisen, wenn ich sie erkenne.

Es ist meine Pflicht dafür einzutreten, die finanzielle Lage dieser Stadt auf festen Boden zu gründen.

Und deswegen habe ich mich in den Beratungen dieses Haushalts für ein deutlich ambitionierteres Konsolidierungsprogramm ausgesprochen.

Eines, das geeignet ist, die strukturellen Fehlbeträge der Stadt nicht weiter anwachsen zu lassen und echte Zukunftsfähigkeit herzustellen.

Denn nur wenn es gelingt, den Anstieg der Personal- und Verwaltungskosten zu begrenzen und gleichzeitig die Produktivität unserer Verwaltung zu erhöhen, werden wir dauerhaft finanzielle Spielräume für Schulen, Kitas, Infrastruktur, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt schaffen können.

Klar ist dabei auch: Verwaltungsmodernisierung gelingt nicht gegen die Beschäftigten, sondern nur mit ihnen.

Die Menschen in unserer Verwaltung brauchen Verlässlichkeit, Qualifizierung und die Möglichkeit, neue Aufgaben zu übernehmen. Wer Veränderung fordert, muss auch in Weiterbildung, Kompetenzaufbau und moderne Arbeitsbedingungen investieren.

Ich will deshalb nicht schließen, ohne auch für diesen Haushalt Danke zu sagen an die Kolleginnen und Kollegen – in besonderer Weise an Herrn Heidenbluth und Frau Ehlers, nicht weniger an die Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter, die abermals mit großem Sachverstand zum Gelingen beigetragen haben.

Genauso gebührt ein Dank den Kollegen in der Stabsstelle Haushaltsanalyse und allen Kolleg*innen aus den Sachgebieten 20.10 und 20.11.

Ich habe in diesem Jahr noch einmal einen vertieften Eindruck von der dort geleisteten Arbeit vermittelt bekommen und danke deshalb heute besonders gerne für die akribische Arbeit, die Sie in dieser Zeit geleistet haben. Haben Sie vielen Dank dafür.

Liebe Ratsmitglieder,

Wer heute den Willen zur Modernisierung hat, schafft die finanziellen Spielräume für die Investitionen von morgen.

Wenn wir aber notwendige Veränderungen aufschieben, lösen wir keine Probleme. Wir verschieben sie nur und machen ihre Lösung damit für die Zukunft nur schwieriger und teurer.

Verantwortung bedeutet, Probleme nicht zu verwalten, sondern sie zu lösen.

Genau darum geht es bei diesem Haushalt. Und daran mit dem notwendigen Mut zur Veränderung mitzuarbeiten, ist meine Bitte an Sie.